

»Einmal habe ich Ulbricht aus der Badewanne holen lassen«

Über Anfang und Ende der SED, Chancen und Grenzen der DDR und die andauernde Delegitimierung des sozialistischen Versuchs. Ein Gespräch mit Heinz Niemann

Interview: Frank Schumann

Sie waren zehn Jahre alt, als sich im April 1946 im Berliner Admiralspalast die Vorsitzenden von KPD und SPD symbolisch die Hände reichten und damit die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands aus der Taufe hoben. Einheit meinte die Überwindung der politischen Spaltung der Arbeiterbewegung, die während des Ersten Weltkriegs erfolgt war. Die einen ließen sich damals vor den imperialistischen Kriegskarren spannen - die anderen verweigerten die Gefolgschaft: Diesem Vaterland nicht meine Knochen! Die politische Spaltung der Arbeiterbewegung führte in die faschistische Diktatur und in die nationale Katastrophe ...

Stopp. Das stimmt schon, aber es ist nicht die ganze Wahrheit. Nicht der Parteienstreit war ursächlich für die Errichtung der verbrecherischen Nazierrschaft und für den Zweiten Weltkrieg. Das Ermächtigungsgesetz wurde schließlich mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien beschlossen. Da spielten also noch andere, innenpolitische wie außenpolitische Faktoren eine Rolle. Aber die Lehre, die man aus diesen dreißig Jahren brutaler, blutiger Klassenauseinandersetzungen zog, lautete: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg. Und um das zu erreichen, mussten jene systembedingten Voraussetzungen beseitigt werden, die Faschismus möglich gemacht hatten.

Also eine andere Gesellschaftsordnung. Wie selbst die CDU in ihrem Programm am 3. Februar 1947 in Ahlen feststellte: »Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.« Deshalb müsse »eine Neuordnung von Grund aus erfolgen«. Ein erster Schritt dazu: Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung, Gründung einer SED.

Richtig. Allerdings behinderten die Militärgouverneure in den westlichen Besatzungszonen solche Einheitsbestrebungen und - mit Verweis auf eine angebliche Zwangsvereinigung in der sowjetisch besetzten Zone - untersagten sie die Tätigkeit der SED. Und zehn Jahre später wurde auch die KPD verboten. Das alles erfolgte vor dem Hintergrund des Kalten Krieges zwischen den einstigen Verbündeten in der Antihitlerkoalition und ihren jeweiligen deutschen Bundesgenossen. Die westliche Besatzungspolitik wurde fast unmittelbar -

entgegen dem Potsdamer Abkommen, das die verbindliche, vertraglich vereinbarte völkerrechtliche Grundlage der Entnazifizierung und demokratischen Umgestaltung von Gesellschaft und Wirtschaft sein sollte – davon bestimmt, dass Stalin an die Stelle Hitlers getreten war. Der neue Hauptfeind wurde zuerst medial aufgebaut.

Bekanntlich prägte Churchill im Mai 1946 das Bild vom »eisernen Vorhang«, der sich quer über Europa herniedergesenkt habe. Diesen Begriff hatte der faschistische Propagandaminister Goebbels ins politische Vokabular eingeführt.

Diese Konfrontation war auch in Deutschland und im Verhalten der Parteien zueinander sofort spürbar. Die Anhängerschaft der reorganisierten SPD-Gruppen war doppelt so groß wie die der KPD, auch weil die Kommunisten die meisten Opfer zu beklagen hatten. Während in der sowjetischen Besatzungszone die Bevorzugung der KPD durch die Besatzungsmacht sie als »Russenpartei« stigmatisierte, wirkte die amerikanische, insbesondere die britische Besatzungspolitik direkt und indirekt auf eine Stärkung der SPD hin. Der jahrzehntelange Antikommunismus und negative Erfahrungen beim Einrücken der Roten Armee, die die antisowjetischen Ressentiments zu bestätigen schienen, taten ein Übriges.

Diese »antisowjetischen Ressentiments und Vorurteile« existieren unverändert, sind geradezu Staatsdoktrin. Sie waren vierzig Jahre Mitglied der SED, sind Historiker. Wie nahmen und nehmen Sie diese Reflexe wahr?

Ich war ein ahnungsloser Zeuge, wie sich mein Vater und mein Großvater stritten, die sonst völlig harmonisch miteinander umgingen. Beide waren SPD-Mitglieder, der Vater war für die Vereinigung, der Opa eher dagegen. Dann waren sie beide bis zu ihrem Tod SED-Genossen. Sie haben – wie meines Erachtens die absolute Mehrheit der Mitglieder – es mit der sozialistischen Einheitspartei ernst gemeint. Trotzdem soll mit dem Antikommunismusverdikt der SED-Staat DDR delegitimiert werden. Dafür setzte man bekanntlich 1992 eine Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur« ein, dafür rief man eine Delegitimierungsindustrie ins Leben, die unverändert mit Unsummen gefüttert wird. Delegitimierung des gescheiterten Systems wird als Legitimierung des jetzigen immer wichtiger, je stärker viele Menschen angesichts sichtbarer Krisen des kapitalistischen Gesellschaftssystems dessen Absolutheitsanspruch – auch beim Geschichtsbild – in Frage stellen. Die DDR war eine durch unwiederholbare Umstände gegebene Chance, die sich den arbeitenden Menschen, den »kleinen Leuten«, in einem Drittel eines der imperialistischen Hauptländer bot. Und zum zweiten war die DDR ein Staat »der kleinen Leute und für die kleinen Leute«, ein Staat, der sich für einen ziemlich eindeutig zu bestimmenden Zeitraum auf eine klare Zustimmung dieser »kleinen Leute« stützen konnte, was ihn in diesem Sinne sozial-politisch »legitimierte«.

Sie schränken ein?

Natürlich. Die SED und mit ihr die DDR erlebte zwei Phasen, die mit zwei Personen verbunden waren: Walter Ulbricht und Erich Honecker. Obwohl die

Mandate beider fast eine gleiche Zeitspanne hatten, steht die Ulbricht-Zeit im Zentrum [meines 2020 erschienenen Buches](#), auch weil – wie damals von einigen wenigen westlichen Beobachtern festgestellt wurde – die DDR der »interessanteste Staat in Europa« war und die sechziger Jahre auch ihre besten waren.

Hatten Sie jemals mit Ulbricht zu tun? Sie waren in den sechziger Jahren Mitarbeiter der Abteilung Wissenschaft im ZK der SED.

»Zu tun« würde ich das nicht nennen, wir begegneten uns. Und einmal habe ich trotz Protestes seiner Frau den Partei- und Staatschef aus der Badewanne holen lassen, weil ich als nachtdiensthabender Mitarbeiter im Großen Haus Dringliches – einen Brief Willy Brandts – persönlich zu übermitteln hatte. Ein anderes Mal wurde mir im Staatsratsgebäude von ihm belobigend die Hand geschüttelt. »Nu, ist doch alles gutgegangen, ja?!« Das bezog sich auf das Internationale Symposium, das wir 1967 aus Anlass des Erscheinens von Marxens Hauptwerk »Das Kapital« vor 100 Jahren ausgerichtet hatten. Weitere Kontakte beschränkten sich auf schriftliche Anweisungen, Beschaffungsaufträge von Literatur bzw. Informationen. Mein Angebot, dem bereits aufs Altenteil abgeschobenen Ersten Sekretär beim Verfassen seiner Erinnerungen zu helfen, als ich von einer entsprechenden Anfrage Ulbrichts erfuhr, erledigte sich. Er starb 1973.

Die Geschichtsschreibung ist unvermeidlich eine politische Wissenschaft. Will sie mehr sein als nur bloße Vergangenheitskunde, muss sie in enger Beziehung zur Politik stehen. Da Politik an Klassen gebunden ist und von deren Repräsentanten im Interesse dieser oder jener Klasse genutzt wird, wird sie selbst politisch. Daraus folgt auch, dass sie nicht wertfrei ist. Sehe ich das richtig?

Natürlich. Die nichtmarxistische Historiographie erklärt genau dies als Widerspruch zur geforderten Objektivität einer Wissenschaft. Der Historiker habe sich jeden Werturteils zu enthalten – dabei trifft jeder Historiker schon bei der unvermeidlichen Auswahl dessen, was er aus der Fülle des realen Geschehens auswählt, eine subjektive, das heißt auch eine parteiliche Entscheidung. Jeder Biograph, der die Lebensgeschichte einer historisch bedeutsamen Persönlichkeit schreibt, trifft Werturteile, schreibt, was »gut« oder »schlecht« an seinem Wirken war, um zu einem – wie er meint – historisch gerechten Urteil zu kommen. Die Parteilichkeit eines marxistischen Historikers, der sich zu einer solchen offen bekennt, besteht nicht nur in der Parteinahme für jene Klassenkräfte und Parteien, die den gesellschaftlichen Fortschritt in der Geschichte bewirkten, sondern mehr noch darin, zu erkunden, welcher Weg im Interesse des Volkes zu Realisierung der Menschenrechte künftig beschritten werden sollte. Diese Parteilichkeit bedingt eine Sicht, die – solange es »die da oben« und »die da unten«, Ausgebeutete und Ausbeuter, Arme und Reiche, Sieger und Besiegte gibt – schon aus moralischen Gründen gerechtfertigt ist.

Nun ist bekanntermaßen die SED und mit ihr die DDR gescheitert. Ist damit die marxistische Theorie falsifiziert worden?

Keineswegs. Die auf ihr fußende Politik war durch vielfältige Faktoren an einer erfolgreichen Nutzung und Anwendung dieser Theorie gehindert: mangelnde

Sachkenntnis, methodische Fehler, fehlende Erfahrungen und Defizite in der Weiterentwicklung der Theorie, Voluntarismus. Andererseits brachte die Wissenschaft auch Lösungen oder zumindest Lösungsversuche, theoretische wie praktische, hervor, wenn sie sich aus der reinen Rolle als »Magd der Politik« (Lenin) befreite. Erfolge bei der Um- und Neugestaltung der Gesellschaft und der Wandlung des Menschen hatte die Politik der SED immer dann und dort aufzuweisen, wo sie sich an die Theorie hielt und die inneren und äußeren Bedingungen zu ihrer Realisierung hinreichend vorhanden und die feindlichen Gegenkräfte nicht zu groß waren.

Da spricht der Gesellschaftswissenschaftler. Und nun der Historiker.

Die Millionen DDR-Bürger etwa zweier Generationen, die sich in und für diesen Staat engagiert haben, verdienen es, neben ihren Leistungen und persönlichen Erlebnissen ein Geschichtsbild vermittelt zu bekommen, welches ohne Nostalgie (wenn auch mit Empathie) auf einer historisch-materialistischen Darstellung beruht. Unverzichtbar ist für den historischen Maßstab, wieviel Zeit den Handelnden gegeben war, an der Gestaltung eines neuen Gesellschaftssystems zu arbeiten: ein minimaler Zeitraum von kaum zwei Jahrzehnten - etwa von 1956 bis 1975. Gerade mal eine Generation.

Schreiben Sie etwa die Zeit danach ab?

Nein, da halte ich es durchaus mit Georg Lukács, wonach der schlechteste Sozialismus immer noch besser sei als der beste Kapitalismus. Aber wir müssen uns eingestehen, dass die DDR ein autoritär von einer Partei - richtiger: von einem Generalsekretär - dirigierter, in manchem ein antilibertärer, hierarchisch-bürokratisch strukturierter und bevormundender Fürsorgestaat war. Manches erklärt sich auch daraus, dass dieser kleine, im Grunde arme Staat einen ständigen Existenz- und Überlebenskampf führen musste, konfrontiert mit einem für damalige Verhältnisse reichen und beispielhaften Sozialstaat. Unter denen, die im Herbst 89 auf die Straße gingen, waren viele SED-Mitglieder, die einen demokratischen Sozialismus erstrebten. Als gewählter Delegierter auf dem außerordentlichen Parteitag der SED im Dezember 1989, aus dem die PDS hervorging, muss ich dazu nicht im Protokoll nachlesen.

Da marschierte die Konterrevolution, sagen manche.

Das ist viel komplizierter. Die Mehrheit wollte einen anderen Staat - wohl wissend, dass es ohne die SED die DDR nie gegeben hätte, die sie behalten wollten. »Für unser Land!« hieß damals ein Aufruf. Ohne diese Partei würde dieses Land auch nicht mehr lange existieren, das war sowohl ihren politischen Gegnern als auch ihren Verteidigern bewusst. Der Kommentator in der *Zeit* schrieb damals: »In Bonn heißt ›Wende‹ konkret stets auch Machtwechsel, an den ist in der DDR noch nicht zu denken.« Also wurde nachgeholfen. Aus der Losung »Wir sind das Volk!« wurde, bewusst hereingetragen von Polittouristen aus der Bundesrepublik, auf dem Leipziger Ring »Wir sind ein Volk«. Und das war im Dezember. Wie es weiterging, wissen wir.

Würden Sie mir zustimmen, wenn ich sage: Der notwendige Erneuerungsprozess der SED entwickelte sich zum Prozess der Selbstzerstörung?

Durchaus. Er kam zu spät, hatte keine Zeit und auch nicht genügend personelle Kompetenz. De facto endete die Geschichte der SED am 9. November 1989 mit der Grenzöffnung. Die chaotische Öffnung der Grenze zum Westen führte zum Verlust jeglicher Souveränität bei den gesellschafts- und innenpolitischen Entscheidungen. Die Ausschaltung der SED als Führungskraft machte den Weg frei für die absolute Fremdbestimmung des Ostens im Vereinigungsprozess. Ob nun »friedliche Revolution« oder »Wende« – dieser »Mauerfall« war in seiner implosiven Wirkung in zweifachem Sinn ein konterrevolutionärer Staatsstreich. Er beendete nicht nur die gerade angedachte tiefgreifende, wenn man so will: »revolutionäre« Umgestaltung der DDR-Gesellschaft, er bahnte der kapitalistischen Restauration den Weg.

Walter Ulbrichts Credo, der deutsche Imperialismus werde sich nie mit der Existenz der DDR abfinden, erwies sich als Grundwahrheit des 20. Jahrhunderts. Die treibenden Klassenkräfte hatten nun die Schlussoffensive gegen das frühsozialistische Regime eröffnet. Die Propagierung »freier Wahlen« als Nonplusultra, die moralisierenden Enthüllungsattacken und nun die offene Grenze, die nun keine Grenze mehr war, machten es den Regierenden im Westen und ihren Hilfswilligen im Osten leicht. Die Gutwilligen unter ihnen – wie zum Beispiel der Sozialdemokrat Schorlemmer – sprachen bald von einer »gestohlenen Revolution«.

In Ihrem Buch schreiben Sie allerdings, dass das »frühsozialistische System« in der DDR bereits in den sechziger Jahren in der Sackgasse gesteckt habe.

Ja, und daraus versuchte die SED-Führung mit dem Neuen Ökonomischen System herauszukommen. Die Chancen, aus dieser Sackgasse sozusagen nach vorn auszubrechen, sie progressiv zu überwinden, waren in den Jahren nach dem VIII. Parteitag, der den Bruch mit der Strategie des VII. Parteitags der SED 1967 vollzog, Schritt für Schritt verspielt worden. Unter Erich Honecker war die innerparteiliche Demokratie derart stranguliert worden, dass alles Nachdenken über einen Ausweg nach vorn wirkungslos blieb. Für mich ergibt sich sowohl die Berechtigung als auch die Notwendigkeit, die Systemfrage zu stellen mit Blick auf die Lehren gescheiterter Versuche und aus den aktuellen Herausforderungen von heute. Soweit ich das beurteilen kann, fehlt es bei den erfreulich starken Zugewinnen der Linken dafür an Kenntnissen. Die Jungen brauchen solche Kenntnisse »about the past« für eine tragfähige Bestimmung ihrer Zukunft. Auch deshalb muss das auf Diktatur und Unrecht, Leid und Elend reduzierte Bild der DDR und der SED korrigiert werden. Es wird auch infolge der Fehlleistungen aktueller Regime weiter bröckeln, denn im Gedächtnis des Volkes bleiben immer Elemente gelebter Wirklichkeit, die sich als unauslöschbar erweisen. Der oft beschworene friedliche Charakter der »Revolution« in der DDR und die Tatsache, dass in allen neuen Bewegungen und Gruppen – mit Ausnahme der Pfarrertruppe der sogenannten SDP – die klare Mehrheit für den Erhalt der sozialistischen Grundlagen und für den Fortbestand einer reformierten DDR war, beweisen, dass die Krise nicht Folge eines innergesellschaftlichen antagonistischen Klassenwiderspruchs war. Ob im jetzigen Epochenabschnitt der Kampf zwischen Demokratie und Totalitarismus positiv entschieden werden kann, wird immer fraglicher, dafür stellt sich immer dringlicher die alternative Frage: Krieg oder Frieden, Sozialismus oder Barbarei? Und das setzt wiederum die Akzeptanz der These voraus, dass es

nach nazifaschistischer Diktatur, Völkermord und Weltkrieg zwei historisch und politisch-moralisch legitime Alternativen – BRD und DDR – gegeben hat. Gerade das soll mit dem Kainsmal »zweite Diktatur« geleugnet werden.

Heinz Niemann, Jahrgang 1936, studierte Philosophie, Ökonomie und Geschichte, promovierte 1965 und arbeitete als habilitierter Hochschullehrer, zuletzt an der Humboldt-Universität zu Berlin. 1990 wurde er dort zum Gründungsdirektor des Instituts für Politikwissenschaft gewählt, wo er bis zu seinem Lehrverbot 1992 tätig war. Niemann verfasste eine Reihe auch international beachteter Publikationen, darunter zur Geschichte der SPD, SAPD und der SED.

<https://www.jungewelt.de/artikel/520738.80-jahre-sed-einmal-habe-ich-ulbricht-aus-der-badewanne-holen-lassen.html>